31. Jahrgang. Bonn, Dienstag, 30. Dezember 1902. (Erstes Blatt.) Nr. 689.

Deutsche Reichs-Zeitung.

Abonnements-Preis: Morgen- u. Abend-Ausgabe (nach Sonn- u. Feiertagen einmal), Samstags mit illustr. Sonntagsblatt u. Beilage für die christl. Familie, durch unsere Boten frei in's Haus vierteljährlich 3,00 Mk., durch die Post bezogen pro Quartal 3,50 Mk. Drahtadresse: Reichszeitung Bonn.

Anzeigen-Preis: Anzeigen innerhalb des Lokalverkehrs die Petitzeile 15 Pfg., von auswärts mit Gratisaufnahme in „Bonner Volksztg." und „Stadt-Anzeiger" 20 Pfg. Reklamen 60 Pfg. Bei Wiederholungen Rabatt. Geschäftsstelle: [illegible]

Fernsprecher: Redaktion Nr. 1264, Geschäftsstelle Nr. 60.

× Ueber die Geschichte des Centrums

hielt Herr Reichstagsabgeordneter Reichsgerichtsrath Dr. Spahn auf der am Sonntag in Münstereifel stattgehabten Centrumsversammlung folgende Rede:

Man hat mich gebeten, die Geschichte des Centrums vor Ihnen zu entrollen. Gerne würde ich dieser Bitte willfahren, denn die Geschichte unserer Partei ist uns schon ein Ansporn durch die Erinnerung an die, welche von uns für Ehr und Wehr des Vaterlandes eingetreten, und um ihre Fahne in guten und bösen Tagen sich geschart haben. Dabei ist diese Erinnerung ein Faktor, der, an sich unwägbar, in entscheidenden Momenten ausschlaggebend ins Gewicht fällt, wenn mit berechtigtem Hochgefühl auf eine ruhmreiche Vergangenheit der Partei zurückgeschaut werden kann, wie sie in gewissenhafter Pflichterfüllung, Kaiser und Reich, Landesherrn und Land und der Kirche die Treue gehalten und auch in schweren Stunden den Schild ihrer Ehre fleckenlos bewahrt hat. Aber die Zeit ist zu kurz, für eine Geschichte der Centrumspartei, ich muß mich auf die jüngste Vergangenheit beschränken.

Die Centrumspartei sieht die Reichsverfassung als die Grundlage an, auf der des Reiches Zukunft beruht. Sie hält daher fest an der Verfassung. Wir achten die Rechte des Kaisers, wir vertheidigen und schützen die Rechte des Volkes in seinem Reichstag, mag der Angriff gegen diesen von außen oder aus ihm selbst erfolgen. Dem Kaiser steht ausschließlich das Recht zum Abschlusse von Verträgen mit ausländischen Staaten zu. Das ablaufende Jahr hat uns den Vertrag über die Verlängerung des Dreibunds gebracht, dessen Giltigkeitsdauer bis Mai 1903 reicht. Und der deutsche Botschafter in Wien hat in einem Trinkspruch von einem unauflöslichen österreichisch-deutschen Bündnisse gesprochen. Da der Dreibund nach Goluchowskis Erklärung auf der Grundlage sich gegenseitig deckender Interessen abgeschlossen und jeder aggressiven Tendenz nach was immer für einer Seite entbehrt, so dürfen wir seiner Verlängerung unverhohlen zustimmen. Die Zustimmung braucht dadurch nicht beeinträchtigt zu werden, daß Italien mit Frankreich, Oesterreich mit Rußland gute Beziehungen unterhält und ein Separatabkommen, das wegen der Ruhe in dem klassischen Wetterwinkel des Ostens hin über das Mittelmeer abgeschlossen worden ist. Das Wort des Kaisers, daß Deutschlands Zukunft auf dem Wasser liegt, hat eine Bethätigung in dem Streite mit China und nunmehr in den mit Venezuela gefunden. Wie bei China müssen wir auch in Venezuela wünschen, daß die Klärung der Verhältnisse möglichst rasch erfolge. Nachdem im englischen Parlamente über die venezolanischen Verhältnisse soweit sie England berühren, Auskunft ertheilt worden ist, dürfen wir erwarten, daß bei dem Wiederzusammentritt des Reichstags auch diesem eine entsprechende Auskunft von unserem Reichskanzler wird ertheilt werden in Erwägung der Denkschrift, die uns zugegangen ist. Erfreulich ist nur unser Zusammengehen mit England wie in China, so auch in Venezuela. Mag England unsere Handelsentwickelung mit scheelem Blicke beobachten, zu einer Englandhetze haben wir keinen Anlaß, wie sie ein Theil unserer Presse betrieben und wie sie ihr Echo in England gefunden hat.

Es ist wiederholt behauptet worden, Bismarck habe die politischen und wirthschaftlichen Beziehungen vertragschließender Länder von einander streng gesondert gehalten wissen wollen. Seiner politischen Richtung wird die Mittheilung Goluchowskis entsprechen, daß Handelsverträge nicht als Compensationsobjekte für politische Verträge angesehen werden können. Aber seit jener Kundgebung Bismarcks haben die Zeiten sich nicht unwesentlich geändert. Heute würde er wie auch Goluchowski zugeben müssen, daß es wichtig und nothwendig ist, wenn ein politisches Bündniß zwischen einzelnen Staaten besteht, die wirthschaftlichen Fragen mit dem politischen Bündniß wenn möglich in Einklang zu bringen. Denn es ist nicht gut möglich, heute ein politisches Bündniß neben einem wirthschaftlichen Krieg zu haben, weßhalb die Bemühungen aller Regierungen darauf gerichtet sein müssen, die Gegensätze auf dem Verkehrsgebiete, die sich ergeben können, womöglich auszugleichen, um die Concordanz zwischen den politischen und handelspolitischen Beziehungen herzustellen. Bei den sich ähnelnden Produktionsbedingungen auf dem europäischen Continent kann für die Staaten des europäischen Festlands diese Concordanz nicht unerreichbar sein.

Wir halten unverbrüchlich fest an der verfassungsmäßigen Regelung des Verhältnisses des Reiches zu den Einzelstaaten, Unitarier sind wir nicht. Von unserem föderalistischen Standpunkt aus mußte Aufsehen erregen die Swinemünder Depesche des Kaisers an den Prinzregenten von Bayern vom 10. August, in welcher der Kaiser seiner „Empörung Ausdruck gab über die schnöde Undankbarkeit, welche sich durch die Ablehnung einer für Kunstzwecke in den bayerischen Etat eingesetzten Summe von 100,000 Mark sowohl gegen das Haus Wittelsbach im Allgemeinen, als gegen die Person des Prinzregenten kennzeichne." Die Empörung galt unserm bayerischen Centrum. Ich will gerne zugeben, daß die Empfindung des Kaisers dem Gefühle der Solidarität des monarchischen Gedankens und der Besorgniß um die Verletzung der monarchischen Treue entsprungen ist. Die Sorge war allerdings irrig. Ließe sich in der Person des Kaisers der Privatmann vom Kaiser trennen, so würde nur dieser Gesichtspunkt des monarchischen Gefühls ausreichen, um die Depesche als die Aeußerung eines Privatmannes kritiklos hinzunehmen. Aber diese Trennung ist unmöglich, der Kaiser ist in allen Lebenslagen Kaiser und deßhalb wird gerade von unserem Standpunkt aus in dem Reichstage diese Depesche zur Erörterung gebracht werden müssen, weil durch sie das durch die Reichsverfassung geschützte Recht der Kammern der Einzelstaaten berührt worden ist. Viel erörtert wurde eine Rede des Kaisers in Aachen über seine Beziehungen zum hl. Vater und zur katholischen Kirche. Lebhafter wie wir Katholiken im deutschen Reiche kann Niemand sich darüber freuen, daß die Beziehungen zwischen Kaiser und Papst gut sind. Als Angehörige des Reichs müssen wir aber verlangen, daß auch die Folgen dieser guten Beziehungen im Reiche gezogen und vom Reiche die kirchliche Autorität anerkannt und die Rechte der Kirche geschützt werden. Die Gesetzgebung des Reichs verletzt die Autorität der Kirche durch den § 130a des Strafgesetzbuchs und die Rechte der Kirche durch das Jesuitengesetz. Wir Katholiken im deutschen Reiche können beanspruchen, daß die Kirche ihre Anstalten im deutschen Reiche, wie sie es für angemessen und nothwendig erachtet, einrichten kann. Kirchliche Anstalten sind unsere Orden. Zu unseren Orden gehören die Jesuiten und die als ihnen verwandt bezeichneten Sacrecoeurschwestern. Wir fordern als unser Recht, daß der Bundesrath endlich durch Zustimmung zu dem von dem Reichstage gefaßten Beschlusse dem Kaiser Gelegenheit gebe, das Gesetz über die Aufhebung des Jesuitenordens durch seine Unterschrift unter dem dieses Gesetz aufhebenden Gesetze aus unserer Gesetzsammlung auszulöschen. — Diese Aufhebung zu einem Gegenstande eines Tauschgeschäfts zu machen, liegt uns vollständig fern, sie ist uns vielmehr eine Rechts- und Herzensfrage. Die Verschleppung der Aufhebung sehen wir als ein nicht zu verantwortendes Unrecht gegen uns als Angehörige des deutschen Reichs an.

Bei einer Versammlung der Freunde der Zeitschrift des 20. Jahrhunderts in München hat man das jetzige Centrum als epigonenhaft bezeichnet, weil es die Aufhebung des Jesuitengesetzes nicht erreicht habe. Ich weiß nicht, wie der dortige Redner sich diesen Kuhhandel gedacht hat. Wir haben nie daran gedacht. Wir rechnen darauf, daß Recht Recht bleiben und deshalb die Verschleppung baldigst beendet werden muß.

In der laufenden Session haben wir Angriffe auf die verfassungsmäßigen Rechte des Reichstags aus diesem selbst heraus erlebt. Schon früher, besonders lebhaft aber in dieser Session wurde von Gegnern einer Regierungsvorlage die Anforderung erhoben, daß die Freunde einer solchen die zur Beschlußfähigkeit erforderliche Anzahl Reichstagsmitglieder bei den Abstimmungen im Reichstage zur Stelle haben müßten, so daß der Reichstag beschlußfähig bliebe, auch wenn die Gegner sich vor der Abstimmung aus dem Reichstag entfernten. Diese Anforderung ist unbegründet. Die Verfassung erfordert zur Beschlußfassung die Anwesenheit von 199 Mitgliedern, von ihnen entscheidet die Mehrheit, d. h. die Hälfte plus eins. Müßten nun aber zur Annahme einer Vorlage nicht die Mehrheit der anwesenden Mitglieder, sondern jedesmal 199 Mitglieder mit Ja gestimmt haben, so würde die Krankheit einzelner Mitglieder aus der Mehrheit, die Erledigung eines Mandats durch den Tod seines Inhabers — und meist fehlen in Folge solcher Umstände immer mehrere Mitglieder der Mehrheit — zur Folge haben, daß niemals 199 Mitglieder der Mehrheit im Reichstag anwesend sein könnten, daß also niemals ein Beschluß zu Stande käme. Hätte die Verfassung die Beschlußfähigkeit in dieser Weise gewollt, so hätte sie von der beschlußfähigen Zahl von 199 die erledigten Mandate und die beurlaubten Mitglieder in Abzug bringen müssen, was nicht geschehen ist. Sodann hat man eine Verletzung der Verfassung in dem Antrage von Kardorff und eine Verletzung der Rechte der Minderheit des Reichstags in den Abänderungen der Geschäftsordnung gefunden. Nichts ist ungerechter wie diese Vorwürfe. Für unser Verhalten bei dem Antrage Kardorff ist uns Unterstützung geworden durch Professor Hubrich in Königsberg, der über parlamentarische Redefreiheit und Disziplin 1899 geschrieben, sich mit unserer Geschäftsordnung also wirklich befaßt hat, aber auch durch einen Gegner, meinen Amtskollegen Kammergerichtsrath Kersten, der sich dahin geäußert hat, der Antrag sei unvereinbar, wenn auch nicht mit dem Wortlaute, so doch mit dem Geiste der Geschäftsordnung. Damit ist mein College auf unseren Boden gekommen. Ist der Antrag mit dem Wortlaute nicht unvereinbar, dann war er ohne jedes Bedenken zuzulassen. Der Geist der Geschäftsordnung ist der Herren eigener Geist und die Herren sind nur diejenigen, welche den Zolltarif überhaupt nicht wollten. Die Geschäftsordnung ist von mir wiederholt als oberstes Gesetz des Reichstags bezeichnet worden; wir alle unterwerfen uns ihr, besonders gern, wenn sie die Minderheit schützt. Allerdings erkennen wir den Schutz der Minderheit als für uns unverletzlich nur an, wo der Wortlaut der Geschäftsordnung und die Auslegung dieses Wortlauts zu dem Ergebnisse des Schutzes führt. Da wo die Auslegung des Wortlauts zweifelhaft bleibt, kann nicht der Grundsatz gelten, daß im Zweifel zu Gunsten der Minderheit zu entscheiden sei, weil das zu einer schweren Kränkung der Mehrheit führen würde, dann muß der Reichstag als solcher entscheiden und der entscheidet hier wie in allen Zweifelsfragen durch Mehrheitsbeschluß. Ob sachlich der Antrag v. Kardorff richtig war, kann dahingestellt bleiben, denn darauf kommt es bei der Frage der geschäftsordnungsmäßigen Zulässigkeit nicht an. Die Aenderung des Abstimmungsmodus hat eine rein formelle Bedeutung, sie hat sich trotz des wiederholt unrichtigen Zählens der anscheinend kaufmännisch nicht genug geschulten Schriftführer praktisch gut bewährt. Die Abkürzung der Geschäftsordnungsdebatten durch die Erweiterung des Ermessens des Präsidenten und die zeitliche Beschränkung der Redebauer war durch die geschäftsordnungswidrige Gewohnheit des Reichstags zur Geschäftsordnung über alles, nur nicht über die Verweisung zur Geschäftsordnung zu sprechen, nothwendig geworden. Bis jetzt hat die Verweigerung des Wortes und dessen Entziehung wegen Zeitablaufs nur erheiternd, nie nachtheilig gewirkt. Man wird sich an beide Aenderungen bald gewöhnt haben und dauernd für sie dankbar sein. Welche Bewandtniß es mit dem Geschrei hat, die Minorität sei mundtodt gemacht worden, mögen Sie aus folgenden Zahlen entnehmen: in der Commission hatten gesprochen: Conservative zur Sache 2324, zur Geschäftsordnung 404 bei 3 Mitgliedern, worunter eines vom Bunde der Landwirthe, Centrum mit 8 Mitgliedern 340 bezw. 674, Socialdemokraten mit 4 Mitgliedern 633 bezw. 894, freisinnige Vereinigung mit 1 Mitgliede 389 bezw. 374, im Ganzen 20 Mitglieder der Mehrheitsparteien einschließlich des Bundes der Landwirthe 935 bezw. 1744, 8 Zollgegner 1241 bezw. 1674, dabei waren die Zollgegner der beiden genannten Parteien überwiegend Dauerredner. Im Reichstagsplenum hatten bis zur Aenderung der Geschäftsordnung die Mehrheitsparteien zur Sache 504 Spalten 53 Zeilen, die Zollgegner 1132 Spalten 72 Zeilen, zur Geschäftsordnung jene 83 Spalten 95 Zeilen, diese 344 Spalten 16 Zeilen à Spalte 5 Minuten Sprechzeit gesprochen. Am Schlusse der Debatten hatten wir 2294 Spalten geredet. Die Vertheilung der Reden war nach einer Berechnung der „Täglichen Rundschau" die folgende:

	Zahl der Reden	und zwar zur Sache	und zwar zur Geschäftsordnung	Druckspalten: im Ganzen	und zwar zur Sache	und zwar zur Geschäftsordnung
Minderheit	425 (61,0%)	117 (45,5%)	308 (70,0%)	1719 (74,9%)	1151 (71,3%)	568 (83,7%)
Mehrheit	272 (36,0%)	140 (54,5%)	132 (30,0%)	575 (25,1%)	464 (28,7%)	111 (19,3%)

Den Mehrheitsparteien sind hierbei diejenigen Mitglieder zugezählt, welche schließlich gegen die Vorlage gestimmt haben, weil sie ihnen nicht weit genug ging. Hätte die socialdemokratische Partei so viel Redefreiheit erhalten, wie es das Verhältniß ihrer Mitglieder zur Gesammtmitgliederzahl mit sich brachte, so wären von 2294 Spalten Redelänge nur 335 Spalten auf sie entfallen; auf die Freisinnige Vereinigung wären nur 87 Spalten gekommen, während sie thatsächlich mit 1177 und 336 Spalten vertreten sind.

Bei den früheren Berathungen des Zolltarifs erstreckten sich diese nicht über 10 Sitzungen statt nunmehr 31 von theilweise ungewöhnlicher Dauer. In der Wortgestattung sind wir den Zollgegnern gegenüber mehr wie loyal gewesen.

Wir wollen Sparsamkeit auf allen Gebieten des Reichshaushalts und bei der Aufbringung der Lasten möglichste Schonung der Minderbemittelten. Unsere Ausgaben für das Reich sind seit 10 Jahren so gestiegen, daß wir geradezu Nothschreie über die finanzielle Bedrängniß der Einzelstaaten zu hören bekommen. Unsere Versicherungsgesetze erfordern einen Zuschuß von 38 Millionen Mark, der noch dauernd steigt, unsere Colonien kosten 31 Millionen Mark, unser Militärpensionswesen, wenn ich nicht irre, 36 Mill. Mark. Bereits ist einmal von mir dargelegt worden, daß die Höhe der Mindestzölle für Getreide sich aus der Absicht erklärt, die Differenz zwischen den Militärpensions- und Verzinsungslasten zwischen 1892 und jetzt auszugleichen. Dieser Wunsch wird nun allerdings nicht verwirklicht, weil ein großer Theil dieses Mehrbetrags für die Wittwen- und Waisenversicherung reservirt wird. Wie sehr aber die Einzelstaaten auf diese Mehrerträge gerechnet hatten, ergibt sich aus einer Wendung des Reichskanzlers in seiner Erklärung bei der 3. Lesung des Zolltarifs, wonach die verbündeten Regierungen bezüglich der finanziellen Regelung zwischen Reich und Einzelstaaten auf das Entgegenkommen des Reichstags rechneten. Eine Antwort auf diese Wendung hat der Reichstag nicht gegeben, die Wendung selbst verpflichtet ihn zu nichts. So loyal wie die Einzelstaaten finanziellen Forderungen gegenüber auch in Zukunft halten, je knapper deren eigene Kassen sind, um so sparsamer werden sie in Reich und Land wirthschaften. Unser Militär-Marineetat ist von 1 Mark pro Kopf auf 1,6 Mark gestiegen. Fehlbetrag im Reich 150 Mill. Mark, Reichsinvalidenfonds 40 Millionen Mark, Pensionsfonds mehr 2—3 Mill. Mark.

Wir haben Schutz versprochen den wirthschaftlich Schwachen in Landwirthschaft, Industrie, Gewerbe und Handel, und wir haben dieses Versprechen gehalten. Unsere inneren Verhältnisse waren in den beiden letzten Jahren durch die Zolltarifvorlage beherrscht. Weitgehende Hoffnungen knüpften sich an sie besonders in landwirthschaftlichen Kreisen. Als ich vor fünf Viertel Jahren in Rheinbach sprach, habe ich dem Bedenken Ausdruck gegeben, ob der Bundesrath nach der Veröffentlichung der Mindestzölle auf Getreide über diese Mindestzölle hinausgehen könne mit Rücksicht auf das Ausland, mit dem Handelsverträge abgeschlossen werden sollten. Meine Bedenken haben sich als gerechtfertigt erwiesen, wenn auch aus einem in den inneren deutschen Verhältnissen gelegenen Grunde. Wir haben vor Kenntniß dieses Grundes mit Eifer und hartnäckig für eine Erhöhung der Mindestzölle für Getreide und für Mindestzölle für Vieh gekämpft. Unser Versuch war erfolglos. Als wir klar sahen, haben wir den Abschluß eines mageren Vergleichs für besser gehalten, nicht wie den Gewinn, sondern wie den Verlust eines fetten Prozesses und zwar im Interesse unserer Wähler vom Lande. Und was bringt dieser Vergleich? (Redner legt ziffermäßig die Vortheile dar, welche der jetzt angenommene Zolltarif gegen den bisherigen bringt.)

Der Tarif bringt unsere Zollgesetzgebung auf den heutigen Stand der Technik, er bevorzugt etwas mehr die Landwirthschaft gegenüber der Industrie im Vergleiche zum geltenden Tarif, er bevorzugt ferner im Vergleich zu diesem etwas mehr den inneren Markt und erhöht die Reichseinnahmen zur Deckung unserer Ausgaben. Er ermöglicht uns endlich den Abschluß unserer Versicherungsgesetzgebung durch die Einfügung einer Wittwen- und Waisenversicherung, die den Nichtversicherten in der Form der Steuerermäßigung zu Gute kommen wird, weil sie die Armenlasten vermindert. Was würden meine Wähler mir sagen müssen, wenn ich bekennend, daß jede Möglichkeit ausgeschlossen ist, eine günstigere Gestaltung der landwirthschaftlichen Zollsätze zu erreichen, und daß meine Ueberzeugung dahin gegangen sei, das Erreichbare anzunehmen, ich dennoch und des Sprichworts uneingedenk, daß das Bessere der Feind des Guten sei, das Gute abgelehnt hätte und wenn ich mit leeren Händen vor Sie hingetreten wäre. Hätten Sie denn nicht mit mehr Recht wie Herr Landrath v. Hymmen in Bonn mich ihren armseligen Vertreter nennen müssen? Die ganze Fraktion hat sich auf Grund der ihr gemachten sachlichen Darlegungen von der Nothwendigkeit überzeugt, daß der Zolltarif anzunehmen sei mit Ausnahme eines Mitglieds, dessen Abstimmung von nicht in der Sache gelegenen Gründen bestimmt war. Auch die fehlenden Mitglieder, deren Zahl leider erheblich war, würden, soviel ich weiß, alle mit uns gestimmt haben. Ob Sie mich wiederwählen wollen, das muß ich Ihnen überlassen. Hätte mich die Rücksicht auf mein Mandat zu einer meiner Ueberzeugung widersprechenden Abstimmung unter Umständen verleitet, wo das Ergebniß von der Stimme abhing, so müßte ich mich schämen, meinen Wählern unter die Augen zu treten.

„Die innere Wohlfahrt unseres Volkes hängt nach unser aller Ueberzeugung von der Bethätigung der christlichen Sittenvorschriften in dem Leben des Einzelnen, in der Familie sowie von der Belebung und Förderung der christlichen Gesinnung in der bürgerlichen Gesellschaft und von der Ausgestaltung des Reichs- und Landesrechts nach den Grundsätzen des Christenthums ab. Kingsley hat mit der Bemerkung gewiß recht: „Gott kann die Gesellschaft nur unter der Bedingung bessern, daß Jeder bei sich selbst anfange. Der Teufel aber ist ganz zufrieden, die Gesetze und das Parlament und Himmel und Erde zu verbessern, ohne je so unverschämte persönliche Forderungen zu stellen, es solle Jeder sich selber bessern." Aber mit den Einzelnen habe ich mich nicht zu befassen, weil die Politik die individuelle Freiheit auf dem religiösen Gebiete anerkennt. Mit Bezug auf die Aufgabe, welche im Gange der Weltgeschichte wie die Kirche so auch die Centrumspartei hat, verweise ich Alle auf das herrliche Hirtenschreiben des preußischen Episkopats vom 21. August ds. Js. aus Anlaß des päpstlichen Jubiläums. Die Centrumspartei hat fortdauernd die alte Aufgabe auf Grund des bestehenden Rechtes und der allgemeinen rechtlichen Freiheit die Selbstständigkeit der katholischen Kirche zu vertheidigen. Gegenüber den nicht erloschenen, bald mehr, bald minder lebhaft auftretenden Kulturkampfsgelüsten in weiten Kreisen unserer Bevölkerung, dem mangelhaften Verständnisse des Wesens und Wirkens unserer Kirche in den Kreisen der Regierungen ist die Centrumspartei des Reichs die stärkste Schranke gegen Angriffe auf unsere religiöse Freiheit im Reiche und in den Einzelstaaten. Mit dem Wegfalle dieser Schranke erhielten die alten Kulturkampfsgelüste die Bahn erneut frei. Man hat gesagt, das Centrum habe, als der Kulturkampf zu Ende gewesen sei, verabsäumt, das Schwert wieder in die Scheide zu stecken, es habe sich in eine einseitige und verbissene Opposition im Reiche hineingearbeitet. Wer kann nur die letzten Jahrzehnte so fest verschlafen haben? Sind denn nicht alle Gesetze des Reichs, und darunter die allerschwerwiegendsten wie das B. G.-B., die Flottenvorlage, Zucker- und Branntweinsteuer, die ganze sociale Gesetzgebung und nunmehr der Zolltarif unter der entscheidenden und ausschlaggebenden Mitwirkung des Centrums zu Stande gekommen? Und hat denn nicht bei all diesen Gesetzen das Centrum seine Ideale hochzuhalten und sowohl im Widerspiele der materiellen Interessen den Ausgleich zwischen diesen als auch allen Machtbestrebungen gegenüber die Rechte der Volksvertretung und die bürgerliche Freiheit zu wahren gewußt? Kein aufmerksamer Beobachter unserer Presse, unserer Literatur, unserer Versammlungen und Vereine kann sich über den, fast möchte ich sagen instinktiven Haß nicht nur der Socialdemokratie, sondern auch des gebildeten evangelischen und jüdischen Deutschlands gegen die katholische Kirche täuschen, der seinen polterndsten Ausdruck in der Unterstützung der österreichischen Los von Rom-Bewegung und in dem organisirten Preßfeldzug zur Verächtlichmachung unserer Welt- und Ordens-Geistlichen, unserer Moral, unseres Beichtstuhls findet. Hätte die Centrumsfraktion im Reichstage keine andere Aufgabe, als die in schwerem Kampfe von den deutschen Katholiken geschaffene Schranke gegen die Erneuerung des Kulturkampfs in irgendwelcher Gestalt zu bilden, so hätten die Katholiken im Reiche allesammt keine wichtigere Pflicht, wie die Erhaltung der Fraktion in ihrer gegenwärtigen Stellung. Und dazu kommt neben den äußeren Gründen noch ein innerer. Wir dürfen uns nicht verhehlen, daß die katholische Kirche in Deutschland nicht in dem Maße wächst, wie der eigene Zuwachs der Bevölkerung und die Einwanderung es geboten erscheinen lassen. Der Fehlbetrag rührt her von Austritten aus unserer Kirche. Mit der Zahl der Austritte ist es nicht leicht zu nehmen und wir müssen ihretwegen recht kräftig an unsere Brust schlagen. Aber einer der Anlässe der Austritte liegt in der Gestaltung der politischen Machtverhältnisse im deutschen Reich und in den Einzelstaaten. Dieser Anlaß würde mit dem Niedergange der Centrumspartei wachsen. Und deshalb muß, wer seine Kirche liebt, für die Erhaltung der Centrumspartei eintreten, auch wenn er Grund zur Unzufriedenheit mit ihrer gegenwärtigen Haltung zu haben glaubt.

Aber das Centrum hat noch gewichtige neue Aufgaben zum Segen unseres geliebten deutschen Vaterlandes. Nicht dürfen wir in Abwehrstellung bleiben, für uns gibt es kein Zurück auf die Schanzen, wir müssen, weil rostet, wer rastet, unser Banner auf immer neue Bastionen tragen. Eine Partei, welche von der Richtigkeit ihrer allgemeinen Weltanschauung und von der Richtigkeit der aus ihr sich ergebenden politischen und socialen Grundsätze überzeugt ist, würde Pflicht und Gewissen verletzen, wenn sie diese Grundsätze nicht im öffentlichen Leben durchzusetzen versuchte. Man hat gesagt, die heutigen Centrumsführer reichten geistig an die großen Männer des früheren Centrums nicht heran. In aller Verehrung vor den bedeutenden Männern aus dem alten Centrum, welche noch unter uns weilen, beklagen wir in der Fraktion am tiefsten, daß Gott und das katholische Deutschland keinen Ersatz für die verstorbenen großen Führer geschickt haben. Aber den Mangel an großen Führern ersetzt man nicht durch Spaltung des Centrums, ihn ersetzt man nur durch eifrige Mitarbeit innerhalb der Centrumspartei: „Die Zeitverhältnisse rufen", nach den Worten des hl. Vaters vom 18. Januar 1901, „nach thatkräftigen Männern, nach Vereinigung aller Kräfte, nach Einheit unter den Katholiken in den Anschauungen und im planmäßigen Handeln." Und gegenüber der jüngst gefallenen Aeußerung, „wahre Reform sei eine Volksreform, sie fange beim Volke an und gehe von unten nach oben, nicht von oben nach unten" sowie in voller Würdigung des Delitzschen Wortes, daß er unter der Landbevölkerung mehr gelernt habe wie unter allen Kathedern, muß zur Richtigstellung an das Wort des hl. Vaters erinnert werden, das für uns außergewöhnlich bedeutsam ist: „Mitwirken müssen besonders diejenigen, die durch ihre Stellung, ihr Vermögen, durch geistige Bildung und höhere Begabung Ansehen und Einfluß im öffentlichen Leben ausüben können." Was will gegenüber dieser Weisung von der für uns autoritativsten Stelle aus eigensinnige Eigenbrödelei Einzelner bedeuten, auch wenn sie recht hätten, was nicht zugestanden werden kann?

Und was die Verbissenheit in unsern Anschauungen betrifft, so darf ich ohne Ueberhebung sagen, keine Partei im Reiche ist so weitherzig wie das Centrum in der Prüfung und Würdigung der für eine Frage geltend gemachten Gründe. Gut und überzeugend müssen allerdings diese Gründe sein, damit wir sie beachten. Wir wollen wahrlich nicht den menschlichen Trieb des Erforschens und Erkennens, nicht das Prüfen, das Denken, das Wissen aufhalten, wir wollen keinen Menschen hindern, die Weltkräfte in Dienst zu nehmen und die Erde sich unterthan zu machen, wir wollen Niemand die Freude an dem Erreichten und an dem Weiterstreben, nicht den Genuß des Schönen und Erlaubten vergällen, aber wir können von der Ueberzeugung nicht absehen, daß der Mensch nicht seine Befriedigung findet in dem, was wir hier erjagen, daß er etwas braucht was höher und fester steht als die Wissenschaft, das herrlicher ist als die Kunst und alle unsere Fertigkeit und Technik, daß „das ist das Ende der Philosophie, zu wissen, daß wir glauben müssen." Und wem mit uns die Weltanschauung gemeinsam ist, die aus unserm Glauben hervorgeht, wer mit uns aus dieser Weltanschauung unsere Welt- und Heimathpolitik und die socialen Fragen beurtheilt, der ist uns zu treuem, offenem, ehrlichem Zusammenhalten in gemeinsamer Arbeit wie verpflichtet, so auch willkommen. Man hat gesagt, für die heutigen Centrumsführer gelte nicht mehr das alte Centrumsprogramm, weil es einen Abstimmungszwang für wirthschaftliche Fragen eingeführt habe. Mir ist unbegreiflich, wie jemand mit solchen handgreiflichen Unwahrheiten hausiren gehen kann. Heute gilt dasselbe wie 1872, um mit Windthorsts Worten zu reden: „die Fraktion hat niemand einen Zwang in dieser Frage auferlegt; jedes Mitglied stimmt hier wie überall nach der Ueberzeugung, die es hat. Das Institut der Fraktionsbeschlüsse kennen wir prinzipiell nicht, wir halten dies für unzulässig, ja für unmoralisch." Aber die Fraktion ist der Ansicht, daß die Centrumspartei nicht identisch sei mit irgend einer Redaktionsstube oder mit einem Correspondenzbureau und daß nicht in dieser, sondern von den 106 Fraktionsmitgliedern in Berlin die Centrumspolitik betrieben werde, daß die Fraktion die Partei zu lenken habe, nicht wohin einzelne in ihr es wollen, sondern wohin die Partei soll. Ihre Entschließung muß für die Centrumspartei entscheidend sein. Und dabei freuen wir uns allerdings, wenn die Macht der Gründe, uns zu einer einheitlichen Haltung, zu einer vollständigen Verständigung bringt. Verhehle sich doch niemand, daß die Fraktion den Ausschlag im Reichstage nur geben kann, wenn sie geschlossen ist und daß deßhalb die ausschlaggebende Stellung des Centrums auf seiner Geschlossenheit beruht. Eine Partei, welche in sich aufhebende Hälften zerfällt, ist bedeutungslos wie jede Null. Nur durch Geschlossenheit können wir uns jenen Ellenbogenraum erringen, den wie der Einzelne auch die ganze Partei bedarf, wenn sie sich zur Geltung bringen will.

Dem demnächstigen Wahlaufrufe der Centrumsfraktion des Reichstages will ich nicht vorgreifen; das geschieht nicht, wenn ich auf die offen vorliegenden Aufgaben der nächsten Reichstagssessionen hinweise. Unerledigt ist unser Toleranzentwurf in seinem die öffentlich rechtliche Seite der Religionsbekenntnisse regelnden Theile. Wie sehr wir dieser Regelung bedürfen, zeigen die jüngsten Gesetzesvorlagen in Braunschweig wie auch in Mecklenburg und das Schweigen Sachsens. Dem Reichstage werden die neuen Handelsverträge baldmöglichst vorgelegt werden und dann muß alsbald die Gestaltung der Wittwen- und Waisenversorgung folgen. Die Bestrebungen auf Organisation der Berufsstände erfordert die endliche Erledigung des seit Jahren in Schwebe befindlichen Gesetzentwurfs über die Berufsvereine. Der Ausbau der Arbeiterschutzgesetze verträgt keinen Stillstand. In Sicht ist die Regelung der Bauforderung der Bauhandwerker und Baulieferanten, des Befähigungsnachweises für wenigstens die Bauhandwerker, der kaufmännischen Schiedsgerichte. Die Abänderungen der Strafprozeßordnung, der Erlaß eines Kartellgesetzes sind Gegenstand sachverständiger Berathungen, das Börsengesetz steht auf der Tagesordnung. Düstere Prophezeiungen über das Schicksal Deutschlands knüpfen sich wie einerseits an dessen wirthschaftliche Entwickelung so andererseits an die Klagen über die dunklen Schatten im sittlichen Leben weiter Kreise unseres Volkes, wie sie uns durch die Scandalprozesse offen gelegt worden sind. Daß Polizei und Justiz hier nicht zur Bekämpfung ausreichen, daß Selbsthülfe viel wirksamer sich bethätigen könne, kann zugegeben werden, wir werden aber der Lösung der Wohnungsfrage zur Herbeiführung besserer sittlicher Zustände nicht ausweichen können, wenn die Einzelstaaten nicht selbstschöpferisch vorgehen. Die Wohnungsfrage ist aber nur ein Theil der socialen Frage. Wer in der Sittlichkeitsfrage etwas erreichen will durch staatliche Maßnahmen, der muß an die Hebung der socialen Lage der großen Menge in dem Maße mitwirken, wie die Gesetzgebung überhaupt es kann. — Kälte nur bändigt den Schlamm, daß er den Fuß nicht beschmutze. Umgekehrt die Wärme, die Wärme sonniger Freundschaft und Liebe. Als wir nach der langen Nacht am 14. Dezember Morgens ½5 Uhr den Reichstag verließen, versammelten sich zur Anhörung einer hl. Messe in der Kapelle der Dominikaner in der Karlstraße in Berlin etwa 60 Fraktionsmitglieder, welche mit den Frühzügen der Heimath zueilen wollten. Die hl. Messe im Dunkel der Nacht, die uns ein Bischof las, die kleine Kapelle, die Anwesenheit nur älterer Männer, machten einen tiefen Eindruck auf jeden von uns. Mancher Dank mag dem hl. Geiste im Gebete dargebracht worden sein über die glückliche Beendigung des Zolltarifstreits. Aber auch manche Bitte ist an ihn gerichtet worden, daß er die Centrumspartei glücklich durch die bevorstehenden Wahlen leiten möge. Gewiß wird niemand das Windthorstsche Wort bezweifeln: „Es wird ein Centrum geben, wenn wir, die jetzt darin sind, längst in den Gräbern liegen." Aber darauf allein kommt es nicht an. Um einzelne Wahlkreise haben wir ernste Sorgen, und doch dürfen wir

---

Decima's Geheimniss.

Roman von C. Andrews. 24

Autorisirte Uebersetzung von Marie Schultz.

(Nachdruck verboten.)

10.

„Ich wußte, daß ich eine schöne Strafpredigt bekommen würde," schmollte Decima halb lachend, „und ich kann mich nicht einmal darüber beklagen, weil ich weiß, daß ich sie gründlich verdient habe. Aber was würde der liebe alte Kerl wohl sagen, wenn er die ganze Wahrheit wüßte? Morgen muß ich ihm eine besänftigende Antwort schicken. In dieser ungestörten Ecke hier will ich den Brief noch einmal lesen. Hu! Der gräßliche Mensch sieht mich schon wieder mit seinen listigen funkelnden Augen an! Ich begreife nicht, wie Flora sich mit ihm unterhalten mag."

Herr Groby war zum Essen erschienen, und, nach Decimas Ansicht, im Frack, mit Diamantknöpfen im Vorhemd, noch unmöglicher als zu Pferde. Die Thatsache, daß er sie mit zudringlicher Höflichkeit behandelt und sie bei Tisch bewundernd angestarrt, hatte seine Existenz ihr nur noch unangenehmer gemacht. Er war natürlich der „gräßliche Mensch".

Der Brief ihres Vormunds war eben vor Tisch angekommen, und Decima hatte kaum Zeit gehabt, ihn flüchtig durchzusehen, und die Gelegenheit, ihn noch einmal zu lesen, war günstig. Frau Moncreiffe hielt ein Schläfchen hinter einer Monatsschrift, Austin hatte sich ein Weilchen zurückgezogen, unter dem Vorwande, er habe noch einen Brief zu schreiben, Gavin war verschwunden, Flora unterhielt sich mit Herrn Groby und Fräulein Trelawney saß am Flügel und spielte so leise, daß die Accorde, die sie anschlug, kaum vernehmbar waren.

Als Decima etwas später von ihrem Briefe aufsah, dessen Vorwürfe beim zweiten Lesen nichts von ihrer Schärfe einbüßten, stand Miriam in ihrer stolzen Schönheit neben dem Sopha, auf dem sie saß. Auf eine einladende Bewegung Decimas setzte sie sich zu ihr und sagte:

„Ich konnte nicht weiter spielen, um Frau Moncreiffe nicht zu wecken, und hätte ich drüben eine unfreiwillige Horcherin abgegeben, so würde das Gräfin Flora nicht lieb gewesen sein."

„Wie kann Gräfin Flora sich mit dem gräßlichen Menschen abgeben?" rief Decima empört.

Miriam zog die Brauen leicht in die Höhe und sagte lächelnd: „Weßhalb sollte sie nicht mit ihm sprechen, da sie ihn heirathen wird."

„Den Menschen heirathen! Er könnte ihr Vater sein!" sagte Decima.

„Allerdings — er ist sechsundvierzig," gab Miriam zu.

„Sie selbst hat ihn unfein genannt," fuhr Decima fort.

„So? Aber Herr Groby ist sehr reich."

„Es ist schändlich, anzudeuten, daß Gräfin Flora ihn um seines Geldes willen heirathen würde!" brauste Decima auf.

„Mein liebes Fräulein Scarlett, können Sie sich denken, daß irgend ein Mädchen Herrn Groby aus einem anderen Grunde als um seines Geldes willen heirathete?"

Decima schwieg. Sie ballte ihre kleine Hand und blickte zu Jochen Julius hinüber, den Flora gerade anlächelte. Deßhalb war sie gestern roth geworden und hatte solch herzlosen, vernünftigen Unsinn geredet! Ein Mädchen, das daran dachte, solchen Mann zu heirathen, mochte allerdings nicht an Liebe glauben!

Fräulein Trelawney, die in ihr empörtes Antlitz blickte, lächelte ihr mattes, bitteres, schwermüthiges Lächeln und sagte:

„Wie jung Sie sind! Ich hatte recht, Sie ein Kind zu nennen. Sie sind entsetzt bei dem Gedanken an eine Heirath ohne Liebe. Gräfin Flora glaubt nicht an Liebe — sie ist ein äußerst verständiges Mädchen. Ihre einzige Chance ist, sich zu verheirathen. Sie will einen reichen Mann haben — Herr Groby eine vornehme Frau, die er sich mit seinem Gelde kaufen wird. Hält er um sie an, so nimmt sie ihn und wird ganz glücklich werden."

Der Ton war zu gleichgültig, um verächtlich zu sein. Decima blickte mit aufwallendem Zorn in das kalte, blasse, schöne Gesicht.

„Ich finde schrecklich, was Sie da reden."

„Weil ich Ihnen eine Wahrheit gesagt habe?" fragte Miriam ruhig. „Ich will noch eine hinzufügen. Es gibt keinen mehr verbreiteten Irrthum, als sich einzubilden, daß alle Männer und Frauen gleich fähig sind zu lieben. Es ist das Erbtheil weniger, nicht vieler, glauben Sie mir." Sie hielt inne, und ihre großen Augen ruhten auf dem lebhaften, ausdrucksvollen Kindergesicht, das solchen Gegensatz zu ihrer eigenen Schönheit bildete.

„Weßhalb glauben Sie, daß Flora Maitland es in sich hat, so für einen Mann zu empfinden, wie Sie eines Tages empfinden werden?"

Decima erröthete tief und stammelte: „Ich — weiß davon nichts. Ich bin nur überzeugt, daß es mir nicht möglich wäre, jemand zu heirathen, den ich nicht von ganzem Herzen liebte."

„Ach, Sie werden eines Tages sehr unglücklich sein!" sagte Miriam.

War Miriam aus solchem Grunde „sehr unglücklich"? Der Gedanke, daß dem so sein möge, durchzuckte Decima und machte irgend eine Erwiderung unmöglich. Es dünkte sie allerdings unwahrscheinlich — sie war so wunderschön. Aber die Männer waren mitunter zu dumm, und sie sprach wie aus Erfahrung. Fräulein Trelawney mochte kalt und eigenthümlich sein, aber sie war fraglos sehr viel interessanter als Flora, und Decima sehnte sich geradezu darnach, jemand zu ihrer Vertrauten zu machen. Frau Moncreiffe war ausgeschlossen und Flora würde wahrscheinlich entsetzt sein. Sie rückte Miriam ein wenig näher, drückte ihr den Brief ihres Vormundes in die Hand und bat sie, ihn zu lesen, sie werde ihr dann schon die nöthigen Erläuterungen geben, es sei ein großer Spaß.

(Fortsetzung folgt.)

...ren, wir wollen neue gewinnen, auch die Zusammensetzung der Fraktion ist uns nicht gleichgültig, wir rufen nach leistungsfähigen und leistungswilligen Männern. Höchst unerwünscht ist uns der Rückgang der Stimmen der Wähler. 1893 hatten wir 1,468,501, 1898 nur 1,455,139 Stimmen, während die Stimmen der Socialdemokraten von 1,786,738 auf 2,107,076 Stimmen gestiegen waren. Wir wissen wohl, daß es eine Reihe von Umständen gibt, welche diesen Rückgang der Stimmen in unserem Lager zu erklären vermögen, so daß man seinetwegen nicht trübe in die Zukunft zu sehen braucht. Aber gleichgültig ist es für uns nicht, von der Reichstagstribüne herab den Zahlen eine maßgebende Bedeutung gegen uns, und zwar gerade nach der Richtung hin beigelegt zu sehen, daß die Socialdemokratie eine ihrer Stimmenzahl entsprechende Vertretung nicht habe, während dem Centrum eine zu starke Vertretungsziffer auf Grund der Wahlkreiseintheilung zugefallen sei. Von den Wählern müssen wir verlangen, daß sie das Centrum als die stärkste Partei nicht nur nach der Zahl der Abgeordneten, sondern auch nach der Zahl der abgegebenen Stimmen erscheinen lassen. Und die höchste Stimmenzahl müssen und können wir erreichen, wenn alle, allerdings auch alle, wenn alle wahlberechtigten Deutschen, welche auf dem Boden des Centrumsprogrammes stehen, sich der leichten Mühe unterziehen, ihren Stimmzettel zur Wahlurne zu tragen. Sie haben sich ihrer Stimmabgabe nicht zu schämen, weil sie sich nicht zu schämen haben ihrer Partei. Es genügt nicht, daß die Centrumsfraktion geschlossen und vollzählig auftritt, die Wirkung ihres Handelns wird gestärkt, wenn sie mit Stolz und Vertrauen auf die hinter ihr stehenden Wählermassen hinweisen kann. Und deßhalb kommt es für jeden Wahlberechtigten auf seinen Stimmzettel an. Unsere Verfassung gibt uns das Wahlrecht, und durch es unseren Einfluß auf die Gestaltung des Geschickes unseres Vaterlandes, unseres Volkes zur Geltung zu bringen. Die Ausübung des Wahlrechts ist aber deßhalb auch eines Jeden Pflicht. Lassen Sie mich zur Ehre des Volksvereins, dem die heutige Versammlung gilt, mit einem Worte aus seinem Kalender schließen:

Centrumsbanner wehe, fliege,
Uns voraus in das Gefecht!
Centrumskämpfer stehe, siege!
Auf für Wahrheit, Freiheit, Recht.

Brausender Beifall lohnte den Redner für seine interessanten Ausführungen. Als Herr Spahn kurz darauf die Versammlung verließ, wurde von dem Vorsitzenden, Herrn Abgeordneten Pingen, ein begeistert aufgenommenes Hoch auf ihn ausgebracht.

Deutschland.

* **Berlin** 29. Dez. (Telegr.) Das Kaiserpaar empfing gestern zur Frühstückstafel im Neuen Palais den bisherigen Polizeipräsidenten v. Windheim und den neuen v. Bories. Abends wurde der Weiße Saal im Berliner Schlosse besichtigt. Eingeladen waren dazu die Staatsminister v. Goßler, Budde und Tirpitz, sowie zahlreiche Herren der Akademie, des Bauwesens und Bildhauer. Heute empfing der Kaiser den anhaltinischen Staatsminister v. Dallwitz und den neuernannten Regierungspräsidenten von Danzig Javoky.

* **Die katholischen Studentencorporationen und die Conversationslexika.** In Meyers Conversationslexikon (5. Auflage 16. Band) findet sich unter dem Stichwort: „Studentenverbindungen" eine Darstellung der Geschichte und Tendenzen der Corps, Burschenschaften und Landsmannschaften. Weiter heißt es dort wörtlich: „Seit Gründung des „Wingolf" (s. d.) 1836 sind an fast allen deutschen Universitäten protestantische Verbindungen entstanden, die das Duell verwerfen. Mehrere von ihnen schlossen sich 1886 zum sogenannten Schwarzburgbund (s. d.) zusammen." Unter den Titeln Wingolf und Schwarzburgbund findet sich dann eine im Wesentlichen historische Besprechung dieser beiden protestantischen Verbände. Die katholischen Studentencorporationen, die doch gegenwärtig an Zahl und Bedeutung den Wingolf und Schwarzburgbund weit überflügelt haben, werden mit dem einen unbestimmten Satze abgethan: „Auch auf katholischer Seite haben ähnliche Bestrebungen sich geltend gemacht." In den farbigen Wappentafeln zu dem Artikel Studentenverbindungen sind nur die Farben der Corps, Burschenschaften und Landsmannschaften dargestellt. Die Farben aller anderen Corporationen scheinen für den Verfasser dieses Artikels nicht zu existiren. Nennt man das „objektive Darstellung", wie sie Meyers Conversationslexikon für sich in Anspruch nimmt? Brockhaus' Conversationslexikon, 14. (Jubiläums-) Auflage, hat unter dem Stichwort: „Verbindungswesen, studentisches", den folgenden Satz: „Verbände bilden die Corps, die Burschenschaften, die Landsmannschaften, die Turnvereine, die Vereine deutscher Studenten, der Wingolfsbund, der Schwarzburgbund, die Reformburschenschaften und die Akademischen Gesangvereine." Von den weitverzweigten, blühenden Cartellverbänden der katholischen farbentragenden und nichtfarbentragenden Corporationen scheint auch Brockhaus nichts zu wissen. Das nimmt umsomehr Wunder, als der kleine Verband der im Verschwinden begriffenen sogenannten „Reformburschenschaften" erwähnt wird.

* **Berlin** 29. Dez. (Telegr.) Die Nationalbank für Deutschland theilt mit: In der Wechselstube der Nationalbank in Potsdam wurde seitens des flüchtig gewordenen zweiten Vorstandsbeamten Albert Heyde eine Unterschlagung begangen. Heyde veruntreute 94,500 M aus der Couponkasse. Heyde war seit 1889 im Dienste der Bank. Die strafrechtliche Verfolgung gegen den Flüchtigen, der sich vermuthlich im Besitze eines großen Theiles des von ihm entwendeten Betrages befindet, ist eingeleitet.

* **Posen** 27. Dez. Am Montag findet hier die Vertreterversammlung des Vereins deutscher Katholiken statt. Sie wird auch einen Antrag berathen, daß an die Vertreterversammlungen sich allgemeine Versammlungen der deutschen Katholiken der Provinz Posen anschließen.

* **Darmstadt** 29. Dez. (Telegr.) Der Großherzog ist gestern Abend in Delhi im Hoflager des Vizekönigs eingetroffen.

* **Augsburg** 28. Dez. (Telegr.) Die Luftschiffervereine von Augsburg, München, Straßburg und Berlin gründeten heute in Augsburg einen Deutschen Luftschifferverband.

Oesterreich-Ungarn.

* **Wien** 28. Dez. (Telegr.) Heute Nachmittag fand hier eine zweieinhalbstündige Ministerberathung statt, an der die Ministerpräsidenten v. Körber und v. Szell sowie der österreichische und der ungarische Finanzminister theilnahmen. Die Berathung wird morgen Vormittag fortgesetzt.

* **Wien** 27. Dez. (Telegr.) Seit mehrern Tagen herrscht hier ein äußerst heftiger Sturm, durch dessen Gewalt mehrere Personen zu Boden geschleudert wurden und Verletzungen erlitten.

Italien.

B. **Rom** 24. Dez. Ein eigenartiges Mißgeschick hatten gestern sowohl der römische „Osservatore Romano" als auch der „Popolo Romano". Ersterer, welcher im Uebrigen mit Recht als das wohlinformirteste vatikanische Blatt gilt, meldete die Ankunft des Cardinals Riboldi, Erzbischofs von Ravenna im hiesigen Hotel Minerva. Nun ist der Cardinal aber schon seit dem April d. Js. todt und hat längst seinen Nachfolger in Ravenna erhalten. Der „Popolo Romano" veröffentlicht eine großartige Richtigstellung einer gestrigen Notiz. Diese Richtigstellung erinnert sehr an die bekannte Geschichte vom Selbstmord eines Dienstmädchens, welche dahin „berichtigt" wurde, daß das Dienstmädchen kein Dienstmädchen, sondern ein Matrose gewesen sei und es sich um keinen Selbstmord, sondern um eine Hochzeit gehandelt habe. In der betreffenden Berliner Correspondenz, betreffend das Verhalten der italienischen Diplomatie soll es nämlich heißen: Statt der beiden italienischen Botschafter in Berlin und Wien, diejenigen von Berlin und London; statt der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" die „Münchener Allgemeine Zeitung" und schließlich statt der erhofften Bestätigung der Meinungen des römischen Blattes durch die offiziellen Kreise Berlins und den deutschen Reichskanzler selbst — die persönliche des römischen Berichterstatters des genannten Münchener Blattes. Weiter konnte eine „Berichtigung" der Richtigstellung allerdings kaum getrieben werden! — Die hiesige Direktion der elektrischen Straßenbahnen hat den Angestellten derselben ein sehr nachahmenswerthes Weihnachtsgeschenk gemacht: Heute Abend von 7 Uhr ab hört der Eisenbahnbetrieb auf und alle Straßenbahnbediensteten können den Heiligen Abend in ihren Familien zubringen.

Der Weihbischof von Gran, Kohl, ist hier eingetroffen. — Gestern fand die übliche Weihnachtsbeglückwünschung durch die Cardinäle bei Leo XIII. statt. Vorher hatte der Papst sämmtliche Angehörige seines Civil-Hofstaats zu dem gleichen Zwecke empfangen. Der Dekan des Cardinalcollegiums, Oreglia di Santo Stefano hielt eine Ansprache, in welcher er auch auf die neuesten Erlasse des Papstes hinsichtlich der christlichen Demokratie und des Verhältnisses der Priester zum Volke u. s. w. anspielte. Leo XIII. erwiderte in längerer Rede, welche sich namentlich gegen diejenigen richtete, welche unter dem Deckmantel des Christenthums demokratische Propaganda treiben, deren Folgen die allerverhängnißvollsten für die menschliche Gesellschaft werden konnten. Die Rede machte auch wegen einer Anspielung auf das so ungewöhnlich hohe Alter des Papstes einen großen Eindruck auf alle Anwesenden. Dem Empfange wohnten auch die Patriarchen, Erzbischöfe, Bischöfe und sonstige hohen geistlichen Würdenträger, die Prälaten, Geheimen und Ehrenkämmerer, sowie alle Civilbeamten höheren Ranges des Vatikans bei.

Die Einkünfte des italienischen Staats aus den Zöllen und Seeabgaben beliefen sich während der zweiten Dekade des nunmehr zu Ende gehenden Monats auf 8,700,000 Lire gegen 7,500,000 Lire während der gleichen Zeit des Vorjahres. Vom 1. Juli bis 20. Dezember d. J. betrugen diese Einkünfte 128,150,000 Lire gegen 113,600,000 Lire im gleichen Zeitraums des Vorjahres.

Aus dem soeben veröffentlichten statistischen Nachweis geht hervor, daß in der Zeit vom Januar bis Oktober des gegenwärtigen Jahres nicht weniger als 220 Tausend 777 Italiener aus ihrem Vaterlande auswanderten. Von diesen gingen 174,821 nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika, 21,638 nach Brasilien, 23,644 nach Argentinien und 674 in andere Länder.

Dem Ueberbringer der Wiener Jubiläumsgeschenke, österreichischem Hofsekretär Freiherrn von Drechsel wurde das Comthurkreuz des Gregoriusordens und dem ausführenden Künstler Bildhauer Rudolf Marschall dasselbe des Sylvesterordens verliehen.

Die Mutter der Königin von Italien, Fürstin Milena von Montenegro ist ohne jegliche Begleitung hier eingetroffen und wurde vom Könige, den Großwürdenträgern des Hofes, den Bürgermeistern und den Kammerherren der Königinnen Margarethe und Maria Pia von Portugal auf dem Bahnhofe empfangen. Die Königin Helene war durch ein leichtes Unwohlsein am Erscheinen auf dem Bahnhofe verhindert. Die Fürstin fuhr mit ihrem königlichen Schwiegersohn ins Quirinal und stattete bald darauf den beiden verwittweten Königinnen kurze Besuche ab.

Holland.

* **Amsterdam** 28. Dez. (Telegr.) Die dritte Frau und der einzige Sohn des Sultans von Atjeh, also dessen ganze Familie, wurden in Pedir gefangen.

Frankreich.

* **Paris** 27. Dezbr. (Telegr.) Der Generalrath der Insel Martinique hat an die Regierung die Bitte gerichtet, der Ministerpräsident möge allen den Nationen seinen Dank übermitteln, die in bewundernswerther und einmüthiger Weise den unglücklichen Inselbewohnern so große Beweise ihrer Theilnahme gebracht haben.

Spanien.

* **Madrid** 28. Dez. (Telegr.) Nach einer Depesche des „Imparcial" aus Tanger sollen die Verluste, welche die Truppen des Sultans bei dem letzten Zusammenstoß mit den Aufständischen erlitten haben, 2000 Todte und Verwundete betragen.

* **Madrid** 29. Dez. (Telegr.) Infolge Nachrichten aus Marokko haben die Minister des Auswärtigen, des Krieges und der Marine mit dem Ministerpräsidenten eine Besprechung über die Maßnahmen, welche im Hinblick auf mögliche Ereignisse zu ergreifen seien. Es werden Instruktionen an die Botschafter in London und Paris abgesandt. Die Minister des Krieges und der Marine werden über die Vertheilung der Land- und Seestreitkräfte, welche erforderlich sein könnten, sich schlüssig machen.

Belgien.

* **Lüttich** 28. Dez. In der Gemeinde Bottem, wo sich sechs Kohlengruben befinden, erfolgten zahlreiche Bodensenkungen. An 50 Häuser sind gerissen und müssen geräumt werden, der Straßenverkehr ist vielfach unterbrochen.

England.

* **London** 29. Dez. (Telegr.) Am 28. Dezember wurde in feierlicher Weise der Grundstein zu dem neuen deutschen Postamt in Schanghai gelegt.

* **London** 29. Dez. (Telegr.) Der Correspondent der „Times", der zu Pferde die erste Nachricht von der Niederlage des Sultans nach Tanger brachte, telegraphirt: Die Stadt Fez ist wegen ihrer Lage, des völligen Mangels an Vorräthen und des baufälligen Zustandes ihrer Mauern für länger als einige Tage nicht zu halten. Die Einwohnerschaft der Stadt wird nur so lange loyal bleiben, als der Sultan sie schützen und ernähren kann. Eine Belagerung von wenigen Tagen bedeutet eine Hungersnoth. Die Straße von Fez ist für jetzt offen und sicher, aber das Prestige des Prätendenten wird eine mächtige Förderung erfahren. Die jetzt noch loyalen Stämme werden sich seiner Sache zuwenden. Wenn der Sultan entkommen oder die Stadt Fez sich zu halten vermag, so wird ihn der Süden unterstützen, in welchem Falle ein Bürgerkrieg unvermeidlich ist. Thatsächlich ist die ganze Armee geschlagen, da in Fez nur verhältnißmäßig wenig Truppen zurückgelassen wurden.

Türkei.

* **Konstantinopel** 28. Dezbr. (Telegr.) Sämmtliche Mannschaften und Offiziere der Gensdarmerie in Macedonien bekamen, wie türkische Blätter melden, ihre Gehälter. Auf Befehl Hilmi Paschas wurden zahlreiche Beamte in Macedonien wegen Unregelmäßigkeiten sofort in strafrechtliche Untersuchung genommen. Wegen des Schnees blieb die Post zwei Mal aus, auch war die Drahtleitung unterbrochen.

Japan.

* **Tokio** 28. Dez. (Telegr.) Das Abgeordnetenhaus wurde aufgelöst, da die Opposition eine Verständigung über die Grundsteuer ablehnte, obwohl das Kabinett eine Herabsetzung der Steuer vorschlug und anbot, den laufenden Fehlbetrag aus andern Hülfsquellen zu decken. Die Neuwahlen sind auf den Februar kommenden Jahres anberaumt.

Afrika.

* **Durban** 28. Dezbr. (Telegr.) Chamberlain ist heute Nachmittag nach Pietermaritzburg abgereist.

Aus Indien.

(Von unserem indischen Correspondenten.)

= **Bombay** 13. Dezember 1902.

Nach den Vorbereitungen zu schließen, welche eben jetzt in Bombay gemacht werden, scheint der Krieg in Somaliland eine größere Ausdehnung anzunehmen, als man anfänglich geglaubt hat. Es sind zwar noch keine englische Truppen mobil gemacht worden; aber die besten indischen Regimenter der Präsidentschaft Bombay und Bengalen, von englischen Offizieren befehligt, werden hier eingeschifft und auf mehrere Monate mit Munition und Proviant versehen. Neue Hospitalschiffe werden eingerichtet zur Aufnahme der Fieberkranken, deren es viele unter den indischen Soldaten gibt in Folge der Malaria, die an den Küsten des Somalilandes herrscht. Unter den vielen Sehenswürdigkeiten, welche die Vorbereitung zur modernen Kriegsführung der Engländer im Hafen von Bombay dieser Tage aufgehäuft hat, bemerkt man auch riesige Transportwagen. Mehrere hundert derselben sind für den Kameeldienst berechnet, das heißt, sie sollen von Kameelen gezogen werden, während sonst die Kameele mit dem Gepäck beladen wurden. Elephanten werden gebraucht, um die allerschwersten Geschütze zu ziehen. Es ist jetzt eine ausgemachte Sache, daß die britische Armee in Indien bedeutend vermehrt werden soll. Vor dem Jahre 1858 gab es 40,000 europäische Soldaten und 215,000 Sepoys. Jetzt zählt die Armee 74,000 Europäer und 150,000 Sepoys. Die „Times of India" sagt in einem inspirirten Artikel, daß die Vermehrung nothwendig sei angesichts der drohenden Lage im Norden und Westen der indischen Grenze, wo Rußland sich einen Weg durch Afghanistan und Persien zu bahnen suche.

Ein sehr trauriger Vorfall ist im Punjab zu beklagen, wo bei Gelegenheit der Massenimpfungen mit Professor Haffkins Serum zur Verhütung der Beulenpest der Tod eingetreten ist. Die in indischen Sprachen gedruckten Zeitungen erhoben zuerst einen gewaltigen Schrei der Entrüstung gegen die Regierung, welche die Thatsachen zu verschweigen suchte. Es hieß sogar, daß gegen 500 Personen in Folge der Inoculation gestorben seien. Das war im Monat Oktober. Man hörte mit der Einimpfung eine Zeitlang auf, aber nicht wegen des Vorfalles, sondern einfach deshalb, weil keine gute Lymphe mehr vorhanden war. Täglich wurden 10,000 Dosen verbraucht, und es war im Laboratorium hier in Bombay unmöglich, allen Aufträgen Genüge zu leisten. Die Regierung veröffentlichte nun den wahren Thatbestand, nämlich daß ein Theil des Serums verdorben (contaminirt) war. In Folge dessen starben aber nur 17 Personen im Dorfe Mulkawal am Tetanus. Man hat bereits eine geprüfte Lymphe hergestellt und Anordnungen getroffen, daß solche Vergiftungen nicht mehr vorkommen.

* * *

Dezember ist in Bombay der Monat für Preisvertheilungen und Schließung der öffentlichen Unterrichtsanstalten. Zwei zahlreich besuchte Gymnasien stehen unter Leitung der deutschen Jesuitenpatres, nämlich Saint Francis Xavier und Saint Marys. Die Schülerzahl in ersterer betrug in diesem Jahre 1381; in letzterer 494.

Zum Ehedrama in Sachsen.

C **Paris** 28. Dezbr. (Telegr.) Das „Echo de Paris" berichtet: Giron habe erklärt, er hätte die Juwelen der Kronprinzessin, um sie vor Diebstahl zu bewahren, an seinen Bruder nach Brüssel geschickt. Dieser habe jedoch die Annahme des Packets verweigert in Folge des Gerüchts, daß die Kronprinzessin Kronjuwelen mit sich führte.

C **Brüssel** 28. Dez. (Telegr.) „Petit Bleu" veröffentlicht eine Unterredung eines seiner Redakteure mit Giron, in welcher dieser letztere die angegebenen Gründe für die Flucht der Kronprinzessin zugibt. Er erklärte, er sei an den Hof in Dresden berufen worden, nachdem er sich an den deutschen Gesandten gewandt hätte. Er habe die Kronprinzessin früher weder in Paris noch in der Schweiz gesehen und sei erst in Dresden mit ihr bekannt geworden. Während der ersten drei Monate seines Dresdener Aufenthalts habe sich kein Zwischenfall ereignet; er sein in die intimeren Verhältnisse erst bei dem Aufenthalte in Wachwitz eingeweiht worden, wo sich dann auch das Liebesverhältniß entsponnen habe. Es sei nicht richtig, daß die Kronprinzessin Hausarrest erhalten hatte, einmal allerdings habe man ihr untersagt, auf dem Zweirade auszufahren. Es sei ferner unrichtig, daß er wegen seiner Beziehungen zu der Kronprinzessin entlassen worden sei, da diese ein vollständiges Geheimniß waren. Die Ober-Hofmeisterin entdeckte das Verhältniß am 12. November und ersuchte Giron, ohne Aufsehen den Hof zu verlassen, da sie sonst dem König Mittheilung machen müßte. Die Kronprinzessin habe sich dann am 19. November nach Salzburg begeben, wo Giron mit dem Erzherzog Leopold Ferdinand zusammengetroffen sei, um ihn über die Lage seiner Schwester zu informiren.

Zur Gefangennahme der Familie Humbert.

* **Madrid** 28. Dez. Gestern Abend ist die Familie Humbert nach Paris abgedampft. Zahlreiche Berathungen zwischen dem französischen Geschäftsträger, dem Gouverneur, den Polizisten und den Eisenbahn- und Gefängnißdirektoren erregten die Aufmerksamkeit der Journalisten, so daß das Geheimniß nicht bewahrt werden konnte. Gegen 6 Uhr wurden die Gefangenen, die die Unterzeichnung einer Notifikation der französischen Regierung verweigerten, weil es eine Infamie sei, in verschiedenen Landauern von Polizisten begleitet und berittener Gensdarmerie bewacht, nach dem Bahnübergang einen Kilometer von der Station geschafft, wo ein Schlafwagen wartete. Bei Fackelbeleuchtung erfolgte die Einschiffung. Außer den Polizisten begleiten die Gefangenen ein Arzt, eine Krankenpflegerin, ein Dolmetscher und vier Gensdarmen, die an der Grenze Galatracht anlegen werden. Vor dem Besteigen des Wagens gelang es Romain, dem Berichterstatter des „Liberal" ein Schreiben zuzustecken, worin er gegen die Verhaftung Parayres Einspruch erhebt und die Anklagen gegen Cattani und Reitlinger erneuert. Alle Gefangenen scheinen zufrieden, bald nach Paris zu kommen und dankten dem Gouverneur, der sie vorher im Gefängniß besuchte, für die gute Behandlung.

* **Paris** 29. Dez. (Telegr.) Die Humberts trafen heute früh 7½ Uhr auf dem Bahnhof der Gürtelbahn hier ein. Sie wurden von je zwei Polizeikommissaren eskortirt in zwei Wagen, Männer und Frauen getrennt, nach der Conciergerie gebracht.

Das Vorgehen gegen Venezuela.

* **Washington** 29. Dez. (Telegr.) Es wird sicher längere Zeit dauern, bevor irgend ein Dokument in der venezolanischen Angelegenheit zur Unterzeichnung bereit liegt. Das Staatsdepartement legt Werth darauf, hervorzuheben, daß es weit davon entfernt sei, eine Hauptrolle zu spielen. Roosevelt und Hay beschäftigen sich weder damit, ein Protokoll zu führen, noch die Verhandlungen zu leiten.

Provinzielles.

* **Frankfurt** a. M. 28. Dez. Ein Ausschreiben auf tausend Mark Belohnung erläßt der Vorstand der Frankfurter Sparkasse in Frankfurt a. M. Auf ein gefälschtes Sparkassenbuch der Sparkasse sind unter Vorlage von Vollmachten, die auf den Namen Wilhelm Schneider lauteten, am 12. November 1200 M auf der Nebenstelle Eckenheimer Landstraße 47, und am 15. November 3000 M auf der Hauptstelle Neue Mainzerstraße 49 erhoben worden. Der Vorstand sichert Dem, dessen Angaben zur Entdeckung des Defraudanten führen, obige Belohnung zu.

* **Melle** i. Hann. 27. Dez. Am zweiten Weihnachtsfeiertage fand man in dem an der Grenze der Stadt und der Gräfl. v. Plathenschen Gutsgemeinde Drantum fließenden Laerschen Mühlenbache die Leichen der verwittweten 65 Jahre alten Frau Rentmeister Tressel und ihrer 30jährigen Tochter. Beide Frauen hatten am Abend vorher Verwandte auf dem Gute Drantum besucht und sich gegen 10 Uhr trotz Dunkelheit und Sturm auf den Weg nach ihrem etwa 15 Minuten entfernten Heim begeben. Dabei muß sie der starke Weststurm in den hochgehenden Mühlenbach geweht haben. Die Unglücksstelle liegt einsam und die Hülferufe der bedauernswerthen Frauen sind ungehört verhallt. Vorbeigehende Kirchgänger entdeckten die Leichen.

* **Essen** 28. Dez. In der Satzachsendreherei der Kruppschen Fabrik ist in Folge Arbeitsmangels die tägliche Arbeitszeit auf acht Stunden herabgesetzt worden. Dadurch erleiden die Arbeiter eine bedeutende Einbuße am Lohn.

Kirchliches.

* **Rom** 28. Dez. Kardinal Rampolla versicherte dem Msgr. Gratzfeld, daß die Bestätigung der Wahl des Weihbischofs Fischer (Köln) zum Erzbischof in dem nächsten, gegen den 20. Januar stattfindenden Konsistorium erfolgen werde, in welchem nur vakante Bischofssitze neu besetzt werden. Wegen der Wichtigkeit der Erzdiözese Köln wird, laut „Köln. Volksztg.", von einer Bestätigung der Wahl durch Breve Abstand genommen.

Vermischte Nachrichten.

—* **Berlin** 29. Dez. (Telegr.) Die Morgenblätter melden: Der zweite Vorsteher der Potsdamer Filiale der Nationalbank für Deutschland, Albert Heyde, kam am Samstag nicht, wie erwartet wurde, von seinem Urlaub zurück. Die angestellte Untersuchung habe ergeben, daß für 95,000 Mark Werthpapiere fehlen.

—* **München** 27. Dez. Der Professor der klassischen Philologie an der hiesigen Universität, Geh. Rath v. Christ, ist auf sein Ansuchen von der Verpflichtung zur Abhaltung von Vorlesungen entbunden. Es ist ihm dabei das Comthurkreuz des Verdienst-Ordens der bayerischen Krone verliehen worden. An seine Stelle tritt vom 1. April n. J. ab der Professor an der Universität Heidelberg, Geh. Hofrath Crusius.

—* In **London** wurden kürzlich bei einer Auktion die Unterschriften berühmter Personen verkauft. Die Autographensammler zahlten bei dieser Gelegenheit nachstehende Preise: Oliver Cromwell 7 Pfd. St., Carlyle 2 Pfd. St., Dickens 2 Pfd., Byron 2 Pfd. St., Marie Corelli 8 Sch., Du Maurier 6 Sch., Chamberlain 5 Sch. Man sieht, daß die Unterschrift Chamberlains augenblicklich verhältnißmäßig billig ist.

—* **Kopenhagen** 28. Dezbr. Die Vorsitzenden der dänischen Aerztevereine und sämmtliche höhern Medizinalbeamten Dänemarks haben in einer heute veröffentlichten gemeinsamen Auslassung den bisher allgemein benutzten Abendmahlskelch für ansteckungsgefährlich erklärt und sich vom ärztlichen Standpunkte für einen neuen Altarbecher, der diese Gefahr ausschließt, ausgesprochen. Der von Theodor Möller in Kopenhagen hergestellte Becher hat die Form des gewöhnlichen Altarbechers mit einem am obern Rande des Trinkgefäßes angebrachten Kranze von kleinen Trinkabtheilungen, die durch einen einfachen Mechanismus einer nach dem andern von einem Behälter im Deckel des Pokals gefüllt werden.

—* **St. Thomas** (Westindien) 28. Dez. (Telegramm.) Der Dampfer Newington traf gestern, von Santa Lucia kommend, hier ein und berichtete, daß, als er um ½11 Uhr Morgens den Mont Pelee passirte, ein heftiger Ausbruch des Vulkans stattfand. Dichte schwarze Rauch- und Staubwolken stiegen zu einer großen Höhe empor. Nachrichten aus anderen Quellen besagen, daß während der Nacht vom Bergkegel ein hellleuchtender Schein ausging.

Bonner Lokal-Nachrichten.

Bonn 29. Dezember.

* **Von der Universität.** Dr. Franz Feldmann, Professor an der philosophisch-theologischen Lehranstalt in Paderborn, ist zum außerordentlichen Professor der alttestamentlichen Bibelwissenschaft an der hiesigen katholisch-theologischen Fakultät ernannt worden.

* **Verbot des Rauchens in den Schlafwagen.** Auf Grund wiederholten Klagen über den Mißbrauch des Rauchens in den Schlafwagen hat der Eisenbahnminister neuerdings unter Zusammenfassung bereits früher gegebener Vorschriften Folgendes bestimmt: In den Schlafwagen darf in den Seitengängen und während der Nachtstunden (von 10 Uhr Abends bis 7 Uhr Morgens) überhaupt nicht geraucht werden. In den anderen Stunden darf nur in den Abtheilen bei geschlossenen Thüren und nur im Falle der Zustimmung der Mitreisenden des Abtheils geraucht werden. Der Minister erwartet, daß die Eisenbahndirektionen mit allem Nachdruck auf die genaueste Beachtung des Rauchverbots in den Schlafwagen hinwirken. Die Schlafwagenschaffner und Zugbeamten haben nicht erst Beschwerden anderer Reisenden abzuwarten, sondern gegen Zuwiderhandelnde aus eigenem Antriebe und ohne Rücksicht auf die Person nach den gegebenen Bestimmungen einzuschreiten. Nachlässige Schlafwagenschaffner sind zur Verantwortung zu ziehen.

Handels-Telegramme.

Anfangs-Course der Berliner Börse vom 29 Dez. (Mitgetheilt von **Louis David**, Bankgeschäft.)

Oest. Credit-Aktien	214,90	Dortmund-Gronauer	188 ⅜
Disconto-Commandit	189,40	Große Berliner Straßenbahn	200,10
Deutsche Bank	211,90	Schweizer Gotthardbahn	178,60
Berliner Handels-Anth.	157,80	" Nordost-Aktien	00,00
Darmstädter Bank	134,80	" Union-Aktien	00,00
Dresdner Bank	144,40	" Jura-Simplon	100 ¾
Nationalbank f. Deutschl.	116 ¾	Ital. Mittelmeerbahn-Akt.	88 ¼
Franzosen	145,90	Ital. Meridionalbahn	133 ⅜
Bochumer Gußstahl	179,00	Prince Henrybahn	97,60
Consolidation	356 ¾	Hamburger Packetfahrt	93,60
Dannenbaum	00,00	Nordd. Lloyd-Aktien	95,70
Dortmunder Union	69 ¾	Dynamite Trust	162 ¾
Gelsenkirchen. Bergw.-Akt.	177 ¼	6% Ital. Rente	100,40
Harpener Bergwerk-Aktien	167,20	Türken Fcs. 400.— Loose	124 ½
Hibernia-Aktien	176 ⅛	Canada Pacific	130 ½
Laurahütte-Aktien	210 ¼	Northern	000,00
Lombarden	16,70	Transvaal	158,00

Marktpreise.

Köln 28. Dezember. **Landeserzeugnisse.** (Wochenbericht.) Die Lage des Getreidemarktes zeigt gegen vorige Woche wenig Aenderung; die Betheiligung am Geschäft war äußerst schwach, auch sind Abschlüsse im Cif-Geschäft nicht bekannt geworden. Ebenso im Waggon-Geschäft ruhte der Handel während der ganzen Woche fast ganz, so daß überhaupt von Geschäften kaum berichtet werden kann. In Landwaare war ebenfalls wenig Geschäft. Im Mehlhandel waren die Umsätze äußerst schwach; auch der Markt für Futtermittel war ziemlich ruhig, denn bei der milden Witterung ist der Verbrauch wieder schwächer.

Die Preise stellen sich frei Waggon Köln: Weizen hiesiger M 15,50 bis 15,75, fremder 17,00—17,50, Roggen hiesiger 14,25—14,50, fremder 14,75 bis 16,00, Hafer hiesiger 14,00 bis 14,50, fremder 14,25—15,50, Futtergerste 12,75—13,00, Brenngerste 13,25—14,50, Braugerste 16,50—18,00, Mais 14,50—15,25, Kleie 9,75—10,00, Vollmehl 10,00—10,75, Weizenmehl Vorschuß 21,25—21,50, beste Marken (o. S.) 21,75—22,00, Roggenmehl (m. S.) 21,00—21,50 M die 100 M.

∴ **Berlin** 27. Dez. (Original-Bericht von Gebr. Gause.) **Butter:** Durch die Feiertage haben sich die Zufuhren sehr angesammelt, während der Consum sehr schwach war, und blieb daher am heutigen Tage ein großer Theil der Butter unverkauft. Die Preise mußten daher wesentlich zurückgehen und werden sich auch nächste Woche noch nicht behaupten können. Heutige Notirungen sind: Hof- und Genossenschaftsbutter 1. Qualität M 106 bis 107, 2. Qualität M 000 bis 000. **Schmalz:** Andauernd kleine Schweinezufuhren und dementsprechend steigende Schweinepreise bewirkten ein weiteres Anziehen der Schmalzpreise. Die Vorräthe in Amerika sind noch immer klein, wogegen die Zeit immer kürzer wird, in welcher die bedeutenden Januarkontrakte erledigt werden müssen. Notirungen sind: Choice Western Steam M 67.50, amerikanisches Tafelschmalz Borussia M 67.50, Berliner Stadtschmalz Krone M 68, Berliner Bratenschmalz Kornblume M 69—72. **Speck:** Geschäft schwach.

Viehmärkte.

Köln 29. Dez. (Telegr.) Schlachtviehmarkt. Amtlicher Bericht der Notirungskommission. Auftrieb: 344 Ochsen, darunter 000 Weidevieh. a) Vollfleischige, ausgemästete höchsten Schlachtwerthes bis zu 7 Jahren M 75—00, b) Junge fleischige, nicht ausgemästete, und ältere ausgemästete 72—00, c) Mäßig genährte junge und ältere 66—68, d) Gering genährte jeden Alters 62—64, Weidevieh 00—00. — 404 Kalben und Kühe, darunter 00 Weidevieh: a) Vollfleischige ausgemästete Kalben höchsten Schlachtwerthes M 68—00, b) Vollfleischige ausgemästete Kühe höchsten Schlachtwerthes bis zu 7 Jahren 66—00, c) Aeltere ausgemästete Kühe und wenig gut entwickelte jüngere Kühe und Kalben 62—64, d) Mäßig genährte Kühe und Kalben 58—60, Weidevieh 0—0 M billiger. — 29 Bullen: a) Vollfleischige ausgemästete bis zu 5 Jahren 00—00 b) Vollfleischige jüngere 65—66, c) Mäßig genährte jüngere und ältere 62—63, d) Gering genährte jüngere u. ältere 59—60. — 419 Kälber: a) 90—00, Doppellender 100—00, b) 85—87, c) 78—80. — 79 Schafe a) 65—00, b) 60—62, c) 00—00. Alles die 50 Ko Schlachtgewicht. — 1242 Schweine: a) M 62—00, vorgezeichnete 63, b) 60—00, c) 56 bis 58 die 50 Ko Lebendgewicht mit 20—22% Tara. — In Großvieh flott geräumt. In Kälbern und Schafen lebhaftes Geschäft, geräumt. In Schweinen flott geräumt.

van Houten's Cacao
Jeder Cacaotrinker sollte im eigenen Interesse einmal diese Marke versuchen.

Verlag von P. Hauptmann. — Verantwortlich für den redaktionellen Theil: Dr. jur. H. Trimborn. — Rotationsdruck der P. Hauptmann'schen Buchdruckerei, Bonn.

Alle Katholiken
lesen mit Vorliebe die in Nürnberg täglich erscheinende, trefflich redigirte
Nürnberger Volks-Zeitung
(Einzige katholische Zeitung für Nürnberg und Umgebung) mit der illustr. Gratisbeilage „Sonntagsblatt für Unterhaltung und Belehrung".
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen entgegen. Vierteljährlich nur Mk. 1.50 — Inserate haben den besten Erfolg.

Neujahrskarten!
Anfertigung von Visiten- und Glückwunschkarten!
6571
Fürst 5 **Josef Neuerburg.**

Civilstand der Bürgermeisterei Bonn.

Geburten: Elisabeth, T. v. Jakob Müller, Steueramtsdiener, u. v. Anna Lötte. — Clara Maria, T. v. Peter Bläser, Postschaffner, u. v. Cathar. Graef. — Josef, S. v. Mich. Mertens, Ackerer, u. v. Marg. Klein. — Wilhelm, S. v. Conr. Tondorf, Bäckermeister, u. v. Christ. Hubertina Agnes Hansen.

Heiraths-Verkündigungen: Heinrich Huppe, Maurer, mit Gertr. Kersting.

Sterbefälle: Philippine Schnell, Ehefr. v. Christ. Schulzendorf, alt 51 J. — Sibylla Buttscheid, verw. Aberfeld, alt 74 J. — Anna Weiser, alt 4 J. — Catharina Limbach, verw. Eppstein, alt 67 J.

Gerichtlicher Verkauf.
Am Dienstag den 30. Dezember 1902, Vormittags 11½ Uhr, soll zu Bonn, im Auktionslokale Sandk. 15: Eine Partie werthvolle Mobilien, sowie 1 Fahrrad, 1 Perforirmaschine, 1 Heftmaschine, 1 Schneidemaschine, 1 Pappscheere und 2 Pfandscheine lautend über Silbersachen und Wäschestücke durch den Unterzeichneten öffentlich meistbietend gegen gleich baare Zahlung versteigert werden. 6573
Auer, Gerichtsvollzieher in Bonn.

Gerichtlicher Verkauf.
Am **Dienstag den 30. Dec. 1902, Vormittags 11 Uhr,** sollen im Auktionslokale zur Eintracht, Sandkaule 15
1 große Ladentheke von Mahagoni, 7 Kronleuchter, 5 Ampeln, 2 Lyren, 5 Wandarme, 22 Tulpen, 1 Badeofen mit Zimmerheizung und Brause
durch den Unterzeichneten öffentlich meistbietend gegen gleich baare Zahlung versteigert werden.
Krämer, Gerichtsvollz. in Bonn. Endenicherstraße 10a.

Eine gut erhaltene
Roll-Lade
3 Meter hoch, 2 Meter breit, billig abzugeben. Auskunft ertheilt die Geschäftsstelle dieser Zeitung. 6800

Gerichtlicher Verkauf.
Am Dienstag den 30. Dezember 1902, Vormittags 11 Uhr, sollen zu Bonn, im Auctionslokale Sandk. 15
Verschiedene bessere Mobilien
durch den Unterzeichneten öffentlich meistbietend gegen gleich baare Zahlung versteigert werden. 6572
Auer, Gerichtsvollzieher in Bonn.

Gerichtlicher Verkauf.
Am Dienstag den 30. Dec. 1902, Vormittags 10 Uhr, sollen im Auctionslokale Sandkaule 15 (Eintracht)
1 Vertikow sowie verschiedene Mobilien
durch den Unterzeichneten öffentlich meistbietend gegen gleich baare Zahlung versteigert werden.
Lichtenberg, Gerichtsvollzieher in Bonn.

Gerichtlicher Verkauf.
Am Dienstag den 30. Dec. 1902, Vormittags 10 Uhr, sollen im Auctionslokale zur Eintracht, Sandkaule 15 hier
1 Fleischhackmaschine, 1 Sekretär, 1 Commode mit Schreibpultaufsatz, 1 Sopha, 1 Regulateuruhr
hierauf im Anschluß auf dem Friedrichsplatz hier:
2 Schweine und 2 Schafe
durch den Unterzeichneten öffentlich meistbietend geg. gleich baare Zahlung versteigert werden.
Kulatz, Gerichtsvollz. in Bonn.